

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/II/84

Hannover, 17. Oktober 1947
Telefon: 20951/52

Die einzige Form des Ausgleiches

R.B. Erstaunlich viel Menschen sind der Meinung, eine Auseinandersetzung zwischen dem Kapitalismus der USA und dem Kommunismus der UdSSR müsse früher oder später erfolgen - ein Nebeneinander der beiden Anschauungen sei auf die Dauer unwahrscheinlich. Die Zahl derjenigen dagegen, die einen Ausgleich im Bereich des Möglichen sehen, ist im Augenblick bedeutend geringer.

Die Begründung der Möglichkeit einer Vermittlung zwischen Ost und West ist bisher auch meist wenig überzeugend belegt worden. Es gehört zu den brennenden Fragen unserer Zeit, ob es überhaupt eine Stelle, eine Person, eine Macht, eine Institution, eine Partei, eine Religion oder eine Weltanschauung gibt, die imstande wäre, die Gegensätze zu überbrücken.

Überblickt man die weltpolitische Bühne, so scheint zunächst England manche Voraussetzungen für die Rolle des Vermittlers zu besitzen. Die englischen Politiker haben hierfür viel Energie und Geduld aufgewendet. Wenn in diesem Lande der demokratische Sozialismus verwirklicht werden und schließlich doch zu dem erhofften Erfolge des allgemeinen Wohlstandes und der Zufriedenheit führen sollte, so könnte das viele Zweifler bekehren, und bei den Massen anderer Länder den Wunsch verstärken, dieselbe Wirtschafts- und Regierungsform zu erhalten. Wie sich die Situation jedoch heute darstellt, werden solche möglichen Entwicklungen die Sowjetpolitiker kaum beeindruckten. Im übrigen ist nicht zu leugnen, daß sich die englische Außenpolitik in einer nicht minder scharfen Abwehrstellung gegen die Sowjets befindet wie alle anderen Staaten westlicher Demokratie.

Weitere Aspiranten, die für die Mission des Ausgleiches in Frage kämen, erweisen sich bei näherer Prüfung als ziemlich unbrauchbar. Was Deutschland anbetrifft, so hat es bereits mehrmals

die Aufgabe erhalten, ehrlicher Makler zu sein, wobei eigentlich nur das Ereignis des Berliner Kongresses im Jahre 1878 eine fundierte Voraussetzung für eine derartige Rolle hatte. Auch heute gibt es manchen phantasiebegabten und selbstbewußten Politiker in Deutschland, der sein Land und sich selbst in dieser eindrucksvollen Haltung sieht. Der Vermittelnde muß jedoch von den Partnern moralisch oder machtpolitisch anerkannt werden. Beides trifft für das heutige Deutschland nicht zu. Andere Erklärungen sind nicht mehr als ein Spiel mit Worten.

Die Kirchen beider Konfessionen, geistige Strömungen oder gar einzelne Personen entbehren entweder der praktischen Macht oder sie besitzen bei einem der beiden Kontrahenten nicht das notwendige Ansehen, um für eine Aktion solcher Bedeutung überhaupt infrage zu kommen. Leider hat sich bisher auch eine so gewaltige Organisation wie sie die UNO darstellt, als völlig unfähig erwiesen, die Gegensätze zu überbrücken. Wenn man aber nun zu der Schlussfolgerung gelangt, im Augenblick seien keine realen Kräfte vorhanden, die es vermögen, die vor allem in zwei Nationen verkörperten Gegensätze einander anzugleichen, so ist damit längst nicht gesagt, daß ein Kampf der Ideologien sozusagen bis aufs Messer beginnen müßte. Vielleicht sollten sich manche Politiker einfach von dem Gedanken befreien, die Sowjetunion ändern zu müssen.

Ein Artikel, der in Amerika zu der Bedeutung einer "Staatschrift" erhoben wurde, und dessen allgemein vermuteter Verfasser George Kennan ist, führte unter anderem über Sowjet-Rußland aus "... da die Diktatur ihren Sinn verloren hatte, nachdem einmal im Innern alle Gegner ausgelöscht waren, habe man, um das autoritäre Regime zu rechtfertigen, den äußeren Feind gebraucht. Infolgedessen sei der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus für die Sowjets eine Lebensnotwendigkeit".

Wenn man die Sowjetunion als die starke und wichtige Realität nimmt, die sie ist, und die Darstellung Kennans akzeptiert, ergibt sich die Notwendigkeit einer klaren Stellungnahme - nicht gegen die UdSSR, wohl aber gegen das Bestreben der sowjetischen Machthaber, einen undemokratischen Sozialismus über die Grenzen des eigenen Landes zu verbreiten. Ob es sich bei der sowjetischen Politik, wie Kennan meint, eher um den Akt der Selbsterhaltung der führenden Schicht gegenüber der ungeheuren Masse des russischen Volkes als ausschließlich um eine unersättliche Eroberungslust handelt, bleibe dahingestellt. Da keine Möglichkeiten des Eingriffs in die sowjetische Struktur bestehen, sollte man sich damit begnügen, die Politik der "festen Hand" weiter zu verfolgen. Dies ist wahrscheinlich die einzig mögliche Form des Ausgleiches.

Der folgende Bericht soll dem besseren Verständnis der allgemeinen Situation auf dem Kongreß der AFL dienen. D. Redaktion

Amerikanischer Gewerkschaftskongreß

Von S. Aufhäuser, New York

Auf dem 66. Kongreß der "American Federation of Labour" (Gewerkschaftsbund) sind 7.600.000 Arbeiter durch 750 Delegierte vertreten. Die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten ist durch das neue Anti-Gewerkschaftsgesetz (Taft-Hartley Bill) alarmiert, das die gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit, die autonome Verwaltung der Verbände, das Streikrecht und die Position in den Betrieben empfindlich beschränkt und unter anderem die Tariffähigkeit der Gewerkschaften von der eidlichen Erklärung ihrer Funktionäre abhängig macht, d.h. weniger der kommunistischen Bewegung angehört. Das Gesetz wird von den Gewerkschaften leidenschaftlich bekämpft und als nicht verfassungsmäßig angefochten.

Der Kongreß ist beherrscht vom Kampfwillen, bei den kommenden Parlamentswahlen 1948 die für diese Entrechtung der organisierten Arbeiter verantwortliche Mehrheit zu stürzen. Der Spitzenverband ist noch besonders herausgefordert worden, da der National Labour Relations Board (oberste Arbeitsbehörde) nach seiner Auslegung auch von den Mitgliedern des Bundesvorstandes der AF of L das Gelöbnis verlangt hat, daß sie Nicht-Kommunisten sind. Der Berufsarbeiterführer Lewis von der CIO, dessen Verband keine Kommunisten zuläßt, hat aus prinzipiellen Gründen abgelehnt, eine solche Erklärung abzugeben.

Vor allem wird es dem Kongreß aber darauf ankommen, seine Kriegemaßnahmen gegen die Arbeiterfeinde im Parlament im einzelnen zu beraten. Eine breit angelegte Kampagne zur Registrierung aller Arbeiterwähler, die Bereitstellung eines großen Wohlfonds und die Propaganda zur Aufhebung des Gesetzes Taft-Hartley sind als einstimmige Beschlüsse zu erwarten. Einen nicht weniger breiten Raum der Debatte wird die AF of Labour-Aktion gegen die Preisinflation einnehmen. Die Gewerkschaften verlangen Rückkehr zu den früheren Prinzipien der amerikanischen Wirtschaft, nämlich Massenproduktion und damit billigere Preise. Das dritte innere Problem ist die Vereinheitlichung der US-Gewerkschaften, d.h. Fusion der AF of L (Berufsverbände) mit dem Congress of Industrial Organizations (CIO), dem Spitzenverband der Industrieverbände, doch stehen dieser Einheit nicht nur inländische Rivalitäten der beiden Spitzenverbände entgegen, sondern auch internationale Gegensätze: Die AF of L ist z.B. gegen den Weltgewerkschaftsbund, in dem auch die Russen vertreten sind, eingestellt, während der CIO ihm angehört.

Die Frage hat sich in den letzten Wochen zugespitzt, nachdem die Internationale Transportarbeiter-Föderation (Berufssekretariat) auf ihrer letzten Sitzung den Beitritt zur Weltgewerkschaft aufnehmen will, ist die stärkste Berufsinternationale. In diesem Zusammenhang wird der Kongreß auch zum Weltfriedensproblem Stellung nehmen und seine warnende Stimme erheben, dem gegenwärtigen kalten Krieg ein Ende zu machen, die Machtbefugnisse der Vereinten Nationen zu verstärken und den schwebenden Konflikt zwischen Ost und West auf einer neuen

Viermächtekonferenz zur endlichen Klärung zu bringen. Dieses außenpolitische Programm ist dem Kongreß vom Bundesvorstand vorgelegt. Die Einladung Dr. Kurt Schumachers als dem ersten deutschen Arbeitervertreter, der nach dem zweiten Weltkrieg nach USA gekommen ist, läßt keinen Zweifel, daß die AP of L auch zur Deutschlandfrage, wie bisher, eine positive und konstruktive Haltung finden wird.

Wir erhielten die folgende Zuschrift eines jungen Sozialdemokraten.

Die Front des Friedens

In unserer Bezirksversammlung haben wir neulich über den Marshallplan gesprochen. Wir, dh., etwa dreißig Genossen, unter uns ein paar alte Gewerkschaftler, ein paar Hausfrauen, ein Dutzend Bezieher von Schwerarbeiterkarten, einige kleine Gewerbetreibende und drei, vier Genossen, die gerade aus der Gefangenschaft entlassen worden waren. Ein junger Student hatte einen Vortrag gehalten. Er hatte seine Sache eigentlich recht ordentlich gemacht - ohne Fremdworte und großes Wortgeklingel. Es begann die Aussprache; zögernd nur meldeten sich die Genossen - vom Bezirksvorstand ermuntert - zu Wort. Dies und das wurde gesagt, wie das eben auf einer Bezirksversammlung ist. Zum Thema selbst wurde wenig gesagt, die Genossen redeten sich die Leber frei und da das Hemd näher ist als die Jacke, wurde mehr von Kartoffeleinkellerung und von Hausbrand gesprochen als von dem Plan, über den der Student sein Referat gehalten hatte.

Schließlich stand einer von den ganz Alten auf, rückte umständlich die Brille zurecht und sagte etwa folgendes: Die Amerikaner und die Russen sind beides keine Sozialdemokraten. Bei den "Amis" sind viele von der Sorte, gegen die wir ein Leben lang um bessere Löhne, niedrige Arbeitszeit und um unsere sozialen Kassen gekämpft haben. Aber die einzigen, die jetzt helfen können und auch wohl wollen - wenn sie es auch vordampt spannend machen - sind die Amerikaner. Da müssen wir mitmachen. Aber wir dürfen uns nicht verkaufen. Wir müssen auf unserem sozialistischen Standpunkt beharren. Die großen Arbeitgeber wittern Morgenluft. Wir müssen auf der Hut sein. Unsere Front darf keine Lücken zeigen. Unsere Gewerkschaften und Genossenschaften, unsere Konsumvereine und unsere Arbeiterbewegung müssen straff organisiert bleiben und ausgebaut werden. Unsere Zweite Internationale ist wieder einmal in die Verteidigung gedrängt.

An diese Sätze des alten Gewerkschaftlers habe ich lange denken müssen und mich über den klaren politischen Instinkt dieses im Grunde doch einfachen alten Mannes gefreut. So ist es: die Sozialdemokraten in der Welt sind in der Defensive. Es gilt, sich zu behaupten und sich bereitzuhalten. Die Zeit arbeitet für uns. Es wird sich sehr bald zeigen, daß die Alternative zum bolschewistischen Kommunismus nicht eine monopolistische Wirtschaftsform sein kann, sondern nur ein demokratischer Sozialismus. Ohne die Mitarbeit, den tätigen Willen und den Idealismus der wirklich arbeitenden Massen wird kein Plan zur Wiederherstellung Europas gelingen. Da helfen zuletzt keine Dollars und auch keine Core-Pakete. Und darüber gibt es keinen Zweifel: Die Massen Europas wollen Sozialismus, sie wollen nicht für die

Profite von Kapitalisten arbeiten und auch nicht für einen terroristisch organisierten Staat, sondern für sich selbst für ihre Genossenschaften und genossenschaftlichen Betriebe. Die sozialistische Einstellung der Massen ist eine Tatsache, und zwar die entscheidende. Die Werktätigen haben ein feines Ohr für falsche Töne und alle Versuche, diesen sozialistischen Willen zu mißachten oder ihn hinterhältig lahmzulegen, werden zumindest die passive Resistenz hervorrufen.

Zwischen Belgrad und Washington liegt das wirkliche Europa, das sich endlich angesichts der es bedrohenden Gefahren organisieren muß. Es darf nicht zu kriegerischen Fronten kommen. Im Atomzeitalter bedeuten sie Tod und Vernichtung für alle. Gegen Hetze und Wahnsinn muß sich die Vernunft erheben. Vernunft mag bisweilen nachgeben und zögern - das Abwarten bedeuten. Nichts ist gefährlicher als vorechnell formulierte radikale Parolen. Und die Antwort auf das Belgrader Büro der Komintern - und auch auf manche allzu starken Worte aus USA sollte nicht Panik oder Hütgeheul sein. Die Kräfte des demokratischen Sozialismus müssen sich zusammenschließen fester als in der Zweiten Internationale, ohne große Worte. Die Front des Friedens darf keine Lücken zeigen. Macht die Gewerkschaften zu Bollwerken des Willens zur sozialistischen Planwirtschaft, baut die Genossenschaften aus, helfend die Bodenreform zu einem Erfolg bringen, beseitigt nationalistisches Mißtrauen, baut das sozialistische Europa mit dem Ruhrgebiet als Kern durch die Macht auf, die die organisierte Arbeiterschaft in ganz Europa darstellt.

Unsere Zeit kommt, unsere Chance, die des sozialistischen Jahrhunderts. isch

Brief aus Schleswig-Holstein:

Pachtrecht und Bodenreform

Von Heinz Krüger, Kiel

Auf dem Wege zu einer neuen, konstruktiven Agrarpolitik hat die Regierung von Schleswig-Holstein eine Verordnung zur sozialen Neuordnung des landwirtschaftlichen Pachtrechtes erlassen. Schon vor der Durchführung der Agrar- und Bodenreform ist es dringend erforderlich, in größerem Umfange als bisher Ländereien zur Errichtung oder Festigung kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe freizumachen.

Das landwirtschaftliche Pachtrecht wurde für ganz Deutschland durch das Kontrollratsgesetz Nr. 45 und für die britische Zone ergänzend durch eine Militärverordnung Nr. 84 dahingehend geregelt, daß alte Verträge nur aus besonderen Gründen vor dem 1.7.1948 aufgehoben werden sollen. Auf dem Gebiet des Pachtwesens macht sich nun im Zusammenhang mit der fortdauernden Ernährungsfrage und den Bedürfnissen der Flüchtlingsunterbringung immer mehr die Notwendigkeit geltend, die kriegswirtschaftlichen Bestimmungen des Pachtrechtes aus der Hitlerzeit zu beseitigen.

Besonders aus ernährungswirtschaftlichen Gründen muß Vorsorge getroffen werden, daß die Pächter sich auf eine rentable Nutzung des Grund und Bodens einstellen. Das bedeutet, daß der Gartenbau vor dem Ackerbau, der Ackerbau vor der Weidewirtschaft, die Milchwirtschaft vor der Gräsermast rangieren müssen.

Die schleswig-holsteinische Pachtschutzverordnung legt nun fest, daß für neue Pächter vornehmlich Land infrage kommt, das bisher von Gutsbetrieben oder mit Eigenland voll ausgenutzten Bauernwirtschaften gepachtet war. Es wird an diese Kreise appelliert, schon freiwillig auf dieses zusätzliche, nicht für den Eigenbetrieb erforderliche Pachtland zu verzichten, um es anderen bedürftigen Landarmen oder Landlosen Bauern und Landarbeitern zur Verfügung zu stellen. Es ist also ein Appell an die Solidarität der Bauern untereinander!

Bestehende Verträge für Pachtland sollen aufgehoben werden, wenn eine ungesunde Landverteilung vorliegt. Das ist der Fall, wenn der bisherige Pächter bereits eine eigene existenzfähige Wirtschaft hat oder er nicht selbstbewirtschaftender Landwirt ist; auch soll nicht geduldet werden, daß zu einem bereits vorhandenen Betrieb ein weiterer hinzugepachtet bleibt. Auch soll Wohnsitz des Pächters in räumlicher und wirtschaftlicher Verbindung zum Pachtland liegen.

Bei der Neuvergabe von Pachtland werden folgende Ziele angestrebt:

1. Die Bildung neuer Existenzen,
2. die Kraftigung kleiner, bisher nicht lebensfähiger Betriebe und
3. die Bevorzugung des intensiv wirtschaftenden Betriebes oder Pächters vor dem weniger intensiv arbeitenden Betriebe.

Diese Grundsätze sind auch bei der Verpachtung von Gemeinde- und Kirchenland zu beachten, das künftig nur noch an landbedürftige Pächter und nicht mehr aus Gefälligkeit vergeben werden darf. Die Pachtverträge sind wie bisher von den Kreislandwirtschaftsämtern zu prüfen und zu genehmigen, wobei die Bürgermeister und in wichtigen Fällen die zuständigen Kulturämter zu hören sind.

Es darf nicht übersehen werden, daß ebensowenig wie die Sozialisierung, auch die Bodenreform kein Einzelakt der wirtschaftlichen Neugestaltung darstellt, sondern die allgemeine Agrarreform eine wirkungsvolle Bodenreform zur Voraussetzung hat, in der auch das landwirtschaftliche Pacht- und Siedlungsrecht eingeordnet sein müssen.

Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene

Ein kurzer Wegweiser durch ihr Renten-, Fürborge- und Berufsrecht
Von Hoh. Klerx, Düsseldorf

Die Kriegsbeschädigten und alle Personen, die durch ein militärisches oder militärähnliches Kriegsereignis einen Körperschaden erlitten haben, sowie deren Hinterbliebenen erhalten in der US-Zone ab 1.2.47, in der britischen Zone ab 1.8.47 Leistungen nach der Unfallversicherung.

Die Leistungen umfassen: Renten ab 30 %iger Erwerbsminderung, Heilfürsorge, orthopädische Versorgung und Berufsfürsorge. Die Rentenversorgung muß als vorläufig angesehen werden, da sowohl nach der Höhe der Rentenbeträge als auch nach dem Personenkreis, der rentenberechtigt ist, die Bestimmungen der Unfallversicherung nur zum Teil Anwendung finden, so daß eine wesentliche Schlechterstellung gegenüber den Unfallversicherten besteht und die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen mit Recht die volle Gleichstellung verlangen.

Die Gesetze werden in beiden Zonen durch die Landesversicherungsanstalten durchgeführt. Die Anträge sind, da der Verwaltungsaufbau in den beiden Zonen uneinheitlich ist, je nachdem ob es sich um Rente, Heilbehandlung oder Landesversicherungsanstalten, die Krankenkassen oder die orthopädischen Beschaffungsstellen zu richten. Für die Berufsfürsorge sind aus dem gleichen Grund der Uneinheitlichkeit entweder die Fürsorge- und Hauptfürsorgestellen für Schwerbeschädigte oder die Arbeitsämter oder beide Behörden zuständig. In der französischen Zone ist ein ähnliches Leistungsgesetz in Vorbereitung.

In den vorstehenden Fragen können sich die Antragsteller an die in den drei Zonen als Zonenorganisationen vorhandenen Einheitsbünde der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen wenden, die in allen größeren Orten und Kreisen bestehen und die auch die Vertretung in den Unfall-, Knappschafts- und Invaliden-Rentensachen übernehmen. orthopädische Versorgung handelt, ...
an die Außenstellen der

Sidney Webb gestorben

"Wenn heute eine Labour-Regierung in England am Ruder ist, so verdankt sie dies vor allem seiner großen Vision". Diese Worte widmete Morgan Philipps, der Sekretär der Labour Party dem Andenken Lord Passfields, alias Sidney Webb, der als 88-Jähriger in seinem Heim in Hampshire nach einem Herzanfall sanft verschied.

Sidney Webb, der als erster Labour-Abgeordneter in den Adelstand erhoben wurde, ist am besten mit August Bebel zu vergleichen. Er war ein ebenso unerschrockener wie unermüdlicher Vorkämpfer des Sozialismus in England, gründete mit seinem Freund Bernhard Shaw zusammen die Gesellschaft der Fabier und wandelte mit seinem Werk "Arbeit und die neue soziale Ordnung" die Labour Party 1918 in eine sozialistische Partei um. Sidney Webb leistete, wie seine Lebensgefährtin Beatrice, die ihm im Tod vorangegangen ist, wahrhaft sozialistische Pionierarbeit.

Er war kein mitreißender, aufwühlender Redner, ihm lag vielmehr die stille, wissenschaftliche Arbeit und in seinem Studierzimmer entstanden auch all die vielen Pläne für eine neue sozialistische Gesellschaftsordnung, die von der Labour-Regierung jetzt verwirklicht werden. Er gab, wie Clemens Attlee in einem Nachruf bemerkt, ein leuchtendes Beispiel wahrer Hingertums und selbstlosester Hingabe an die sozialistische Idee.

Verhältnismäßig spät erst, genau gesagt im Jahre 1922, wurde Sidney Webb Mitglied des englischen Unterhauses. Zwei Jahre später trat er als Handelsminister dem ersten Labour-Kabinett bei und 1929, als die Labour Party erneut an die Macht kam, übernahm er das Kolonialministerium, das er bis zum Sturz der Regierung Mac Donald, dessen schärfster Kritiker er später wurde, verwaltete. (b/B65/1/1710/hs)

Wir erinnern!

Die in New York, USA, erscheinenden deutschsprachige "Neue Volkszeitung" kann jetzt auch in Deutschland bezogen werden, sofern Verwandte oder Bekannte, die in den Vereinigten Staaten leben, sie unter Angabe der betreffenden deutschen Adresse bestellen. Die Anschrift lautet: Neue Volkszeitung, PO Box 50, Station K, New York, 28/NY., USA.

Verantwortlich: Peter A. A. u. n. u.